Petition:

Frieden in den Lehrplan!

An die

Präsidentin der Bildungsministerkonferenz

Anna Stolz
Bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus

Die aktuellen Kriege betreffen junge Menschen in besonderer Weise: Sie sollen Wehrdienst leisten. Die riesigen Schulden für Aufrüstung gehen zulasten der Investitionen in ihre Zukunft, zum Beispiel in Bildung und Klimaschutz. Und auch im Schulalltag spiegeln sich internationale Konflikte wie in der Ukraine oder in Nahost längst wider.

Junge Menschen haben ein Recht auf Mitsprache. Um dieses Recht gut informiert ausüben zu können und eine friedliche Zukunft aktiv mitzugestalten, brauchen sie die Chance, sich differenziert mit den Themen Krieg und Frieden auseinanderzusetzen.

Darum fordern wir:

Frieden in den Lehrplan!

- Friedensbildung von der Grundschule bis zur Oberstufe in die Curricula aufnehmen
- Friedensbildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften stärken
- Mehr Fachleute für Friedensbildung an die Schulen, statt nur Jugendoffiziere der Bundeswehr

Jetzt unterzeichnen

Warum das wichtig ist und was wir fordern!

Die Forderungen

1. Friedensbildung von der Grundschule bis zur Oberstufe in die Curricula aufnehmen

Friedensbildung ist weitaus mehr als die Vermittlung von Wissen über Fragen von Krieg und Frieden. Sie fördert Kompetenzen für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten, zwischen Menschen und in der Gesellschaft. Darüber hinaus zielt sie darauf ab, friedensfördernde Haltungen und Friedenshandeln im eigenen Umfeld zu stärken. Das sind Kompetenzen, die wir angesichts eskalierender Konflikte weltweit und zunehmender Polarisierung auch in unserer Gesellschaft dringend brauchen.

Friedensbildung sollte deshalb bereits in der Grundschule beginnen und in Unter-, Mittel- und Oberstufe in allen Schulformen in die Curricula aufgenommen werden.

2. Friedensbildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften stärken

Die Konflikte in unserer Gesellschaft und in der Welt spiegeln sich in der Schule wider. Lehrkräfte sind damit konfrontiert und müssen darauf eingehen. Friedensbildung sollte daher bereits im Lehramtsstudium, im Referendariat und in der Lehrkräftefortbildung stärker integriert werden.

Dafür braucht es Lehrstühle für Friedensbildung an Hochschulen und Universitäten und Fachstellen für Friedensbildung in allen Bundesländern, die Schulen und Lehrkräfte mit Fortbildungen und Materialien unterstützen sowie schulische und außerschulische Akteure vernetzen.

3. Mehr Fachleute für Friedensbildung an die Schulen, statt nur Jugendoffiziere der Bundeswehr

Aktuell dominiert die Bundeswehr über ihre Jugendoffiziere als außerschulischer Akteur beim Thema Krieg und Frieden, und das, obwohl einzelne Bundesländer Beschlüsse für ausgewogene Repräsentanz unterschiedlicher Expertisen getroffen haben. Die Bildungspolitik muss Strukturen wie die Servicestellen für Friedensbildung stärken und Förderprogramme entsprechend ausstatten, damit mehr Fachleute für Friedensbildung in die Schulen kommen können.

Die Adressatin: die Bildungsministerkonferenz

Bildungspolitik ist in Deutschland Ländersache. Gemeinsame Beschlüsse der Bildungsminister*innen haben eine hohe Verbindlichkeit und Relevanz für die Lehrpläne und Lehrkräfteausbildung in allen Bundesländern. Deshalb richten wir unsere Petition an die Bildungsministerkonferenz: Die Bildungsministerkonferenz soll einen Beschluss zur Friedensbildung fassen und einen entsprechenden Orientierungsrahmen entwickeln.

Sie hat in der Vergangenheit bereits vergleichbare Empfehlungen zu Themen wie Demokratiebildung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Doch bislang gibt es keine entsprechenden Beschlüsse oder Orientierungsrahmen für die Friedensbildung.

Angesichts der wachsenden Relevanz friedens- und sicherheitspolitischer Themen für die Lebenswirklichkeit und die Zukunft junger Menschen sollte die Friedensbildung in allen Bundesländern gestärkt werden.

Was ist Friedensbildung?

Friedensbildung vermittelt Kompetenzen für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten, zwischen Menschen und in der Gesellschaft. Sie adressiert also sowohl die individuelle Ebene, auf der Konzepte zur Gewaltprävention ansetzen, als auch die gesellschaftliche bis hin zur internationalen Ebene.

Frieden wird dabei als Prozess verstanden, in dem Gewalt reduziert wird und Gerechtigkeit zunimmt. Friedensbildung vermittelt somit das Verständnis, dass Frieden eine immerwährende Aufgabe für uns alle ist.

Deutschland ist international verpflichtet, mehr für die Friedensbildung zu tun.

Im Jahr 2023 hat die UNESCO eine „Empfehlung für Friedensbildung“ verabschiedet. Sie schreibt dazu: „Im Zentrum der neuen UNESCO-Empfehlung steht das moderne, umfassende Friedensverständnis. Frieden ist demnach nicht nur die Abwesenheit von Krieg und unmittelbarer Gewalt, sondern ein Prozess, in dem Menschen zusammenwirken, um eine gerechte, nachhaltige und inklusive Zukunft aktiv mitzugestalten. Aufgabe der Bildung ist nach dem neuen Völkerrecht, allen Menschen das Handwerkszeug zu vermitteln, Frieden zu leben.“

Deutschland ist verpflichtet, die Empfehlungen der UNESCO umzusetzen und Friedensbildung zu stärken.

Aufrufende Organisationen

(Stand: 16.04.2026)

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Bildungswerk der DFG-VK Hessen
Bund für Soziale Verteidigung
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner NRW
Friedensdorf Bildungswerk
KURVE Wustrow - Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.
Peace for Future
Pro Peace – Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck

Mitmachen

Die Petition soll Ende Mai auf www.openpetition.de starten. Bis dahin können **Organisationen** das Bündnis für die Petition unterstützen und mit Logo auf der Petitionsseite erscheinen. Darüber hinaus sammeln wir Unterschriften von **Erstunterzeichnenden.** Dazu laden wir insbesondere Personen aus Wissenschaft und Schule ein.

Für Organisationen: Unterstützung der Petition erklären

Für Personen: Jetzt Erstunterzeichner*in werden

Kontakt:

Pro Peace
Christoph Bongard, Leiter Kommunikation & Politik
E-Mail: christoph.bongard@propeace.de

Christine Lieser, Referentin für Friedensbildung
E-Mail: christine.lieser@propeace.de

Hannah Sanders, Referentin für Medien und politische Kommunikation
E-Mail: hannah.sanders@propeace.de